

**Bezugpreis:**  
Wochenschriftl. 30.- M., monatl. 10.- M.,  
frei ins Haus, gerahmt jährlich. Post-  
bezug: Monatlich 10.- M., einjährl. 100.- M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmal Zustellung 11.50 M. Postbe-  
legungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz. - Eingetragen in  
die Post-Zeitungs-Preisliste.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Boll und Zeit“ und der Unter-  
haltungsbeilage „Heimweh“ erscheint  
wöchentlich zweimal, Sonntags und  
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltigen Nonpareilzeilen  
betragen 550 M. „kleine Anzeigen“  
das feingedruckte Wort 1.50 M. (zu-  
läufig zwei feingedruckte Worte) jedes  
weitere Wort 1.- M. Stellengeld  
und Schriftführerzeilen das erste  
Wort 1.- M., jedes weitere Wort  
40 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Preis 2.- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leistungszahlung.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Schluß  
um 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Berufsprücker: Amt Worinplatz, Nr. 151 90-151 97

Mittwoch, den 2. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Berufsprücker: Amt Worinplatz, Nr. 117 53-54

## Deutschlands Vorschlag undiskutierbar.

### Die Alliiertensitzung.

Paris, 1. März. (Havas.) Das Hauptergebnis der Nachmittagsitzung der alliierten Vertreter ist der einstimmige Beschluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar indiskutabel erachtet worden sind.

Del Beghin der Sitzung gaben Concheur, Jasper und Theunis eine gebendige Kritik der deutschen Gegenvorschläge. Sie erklärten, die vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 52 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittels einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Zinsfuß hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei als einer von 5 Prozent. Auch an der Abschätzung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die Minister Kritik. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgetauschten Handelschiffe auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach alliierter Schätzung nur 700 Millionen Mark betrage. Die Vorschläge über die internationale Anleihe bezeichneten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberschlesien, seien eine unverschämte

### Verleugnung des Friedensvertrages.

ebenfalls die Vorschläge auf Leistung in natura. Infolgedessen beschloßen die Alliierten, über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten. Morgen früh um 10 Uhr werden die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammentreten. Der juristische Berater des französischen Außenministeriums Fremont wird heute abend in London eintreffen. Der belgische Generalkonsul Magliuse ist eiligst von den belgischen Delegierten nach London berufen worden.

### Loucheurs Kritik.

Die von Havas gemeldete Loucheur-Jasper-Theunische Kritik in der Alliiertensitzung zu London bemängelt mit Unrecht die Berechnung der Gesamtsumme deutscherseits auf etwa 50 Milliarden Goldmark unter Ansetzung eines 8proz. Zinsfußes. Dieser Zinsfuß ist als Reduktionsfaktor bei sofortiger Zahlung von den Alliierten in Paris selbst angeboten. Daß in dem Angebot der Aufbringung einer Achtmilliardenanleihe eine Erleichterung der Lage Deutschlands erblickt und deswegen Kritik an der großen Idee der internationalen Anleihe geübt wird, ist mehr als kleinlich. Es sollte den Alliierten nur auf die Frage ankommen, ob und wie es gelingen kann, sofort einen Teil der deutschen Schuld zu mobilisieren. Hierfür aber haben die deutschen Vorschläge gerade die Wege gewiesen. Der Betrag von acht Milliarden ist nur schätzungsweise als Höchstgrenze genommen. Gelänge es, auf dem internationalen Markt mehr aufzubringen, so würde dies ein Vorteil für die Alliierten und Deutschland sein. Im übrigen wäre die Zinslast der Anleihe selbst je nach ihrer Höhe bei günstigen Bedingungen für die ruinierte deutsche Wirtschaft so schwer, daß jetzt noch nicht feststeht, wie Deutschland neben diesen Zinsen noch die übrigen Leistungen aufbringen soll. Die Bemängelung der Höhe der deutschen Vorschläge, namentlich des Wertes der abgegebenen Schiffe, ist ohne nähere Beweise erfolgt. Die deutschen Schätzungen sind auf gewisse Weise aufgestellt, und selbst der „Temps“ hat schon neulich anerkannt, daß Deutschland recht tue, den Wert der Schiffe zu dem Zeitpunkt der Ablieferung einzusehen, und daß die Schleuderpreise, die England zu einer Zeit völliger Paufisse auf dem Schiffsmarkt bei den Auktionen der Schiffe erzielt hat, nicht eingerechnet werden können. Die sogenannten „Bedingungen“ über Oberschlesien und die Freiheit der Weltwirtschaft sind keine Bedingungen, sondern Voraussetzungen für die deutsche Leistungsfähigkeit überhaupt. Wenn zum Teil Naturalleistungen angeboten sind, so würde Deutschland damit nur einem Wunsch der Gegenseite entgegenkommen. Besonders aber wird bei den deutschen Vorschlägen nicht berücksichtigt, daß die angebotenen fünfzig Milliarden, wenn man sie nach dem Schema der Alliierten in Annuitäten umlegen würde, ungefähr dieselbe Summe ergeben, die die Alliierten fordern. Für Deutschland kam es nur darauf an, eine solche Art der Ausübung der Leistungen zu finden, die den tatsächlichen Verhältnissen seiner eigenen Leistungsfähigkeit Rechnung trägt und den Alliierten sofort greifbare Resultate an die Hand gibt.

### Französische Strafpäne.

London, 2. März. (Reuter.) In französischen Kreisen heißt es, daß folgende Sanktionen auferlegt werden sollen, falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist: Erhebung einer fünfprozentigen Abgabe auf deutsche nach alliierten Ländern eingeführte Waren, Errichtung einer Zollsperrlinie am linken Rheinufer

gegen das übrige Deutschland, Befehung der deutschen Kohlenhöfen auf dem rechten Rheinufer und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Zölle.

Im „Welt Journal“ wird von einer weiteren geplanten Maßnahme gesprochen, nämlich der Befehung Mannheims und der Befehung des Hafens von Hamburg durch eine englische See-division.

### Antwort auf den Gewerkschaftsprotest.

London, 2. März. (G.E.) Auf den Protest der holländischen Gewerkschaften gegen die Deutschland auferlegten Bedingungen antwortete Lloyd George in einem Telegramm, er sei über-erast, diesen Protest zu erhalten. Er könne sich durchaus nicht erinnern, daß während des Krieges, im Augenblicke, wo die imperialistische deutsche Regierung am Werke war, zu plündern, die holländischen Gewerkschaften einen Protest erhoben hätten. Ebensovienig sei ihm bewußt, daß die Arbeiter Hollands gegen die Verschärfung französischer und belgischer Arbeiter, die in Deutschland hätten Sklavenarbeit verrichten müssen, protestiert haben. Soweit es Lloyd George verheißt, hätte der gegenwärtige Protest der holländischen Gewerkschaften keinen anderen Zweck, wie auf die arbeitenden Klassen Frankreichs und Belgiens nicht nur die Kriegskosten, sondern auch jene der Wiedergewinnung der Schäden, die während der Hohenzollernherrschaft durch den Krieg hervorgerufen worden seien, abzumwälzen. Es sei nur gerecht, daß die Urheber des Krieges, deren Länder vollkommen unberührt vom Schrecken des Krieges geblieben seien, für alle diese Folgen aufkommen und die Kosten der Wiederherstellung der zerstörten Länder tragen.

Sollte dieses demagogische Gefasel etwa die Antwort auf den feierlichen Protest der Gewerkschaftsinternationale sein, der nur zufällig von Holländern gezeichnet ist, weil das Bureau gerade in Amsterdam ist?

### Näheres über die 1. Sitzung.

London, 2. März. (W.D.) Als Lloyd George erschien, begrüßte er sofort die Deutschen in freundlicher Weise, schüttelte Simons die Hand und fragte nach dem Verlauf der Reise, die hoffentlich angenehmer verlaufen sei. Lloyd George eröffnete dann die Sitzung, indem er kurz darauf hinweist, daß schon die Konferenz von Spa bewiesen habe, wie nützlich von Zeit zu Zeit die persönliche Aussprache der leitenden Staatsmänner über die einzelnen Kaufpunkte des Friedensvertrages von Vorteil sei. Man hörte den Ausführungen Dr. Simons nicht ohne Interesse zu. Wiederholt fragte Lloyd George nach Einzelheiten zurück, worauf besonders Chamberlain, der die deutsche Sprache genau kennt, dem Premierminister Auskunft gibt. Am Ende seiner Ausführungen fragte Simons, ob er die deutschen Gegenvorschläge verlesen solle. Lloyd George erklärt, wenn die deutsche Regierung Wert darauf lege, so sei er selbstverständlich damit einverstanden; sonst hätte er jedoch um schriftliche Uebersetzung gebeten. Dr. Simons versprach dies, und Lloyd George fügt hinzu, daß er unverhohlen ausgespreche, daß nach Ansicht der Alliierten die Vorschläge eine völlige Verneinung der augenblicklichen Lage bedeuteten und zur Besprechung keine geeignete Grundlage bildeten.

Darauf wurde die Sitzung kurz vor 1 Uhr geschlossen. Die Situation wird von Mitgliedern der deutschen Delegation als durchaus ernst aufgefaßt.

### Paris in Zorn und Aufregung.

Paris, 2. März. (G.E.) Stadt und Presse sind von Zorn erfüllt. Es wird übereinstimmend von einer neuen Herausforderung durch Deutschland, von sächertischen Angeboten und von schlechtem Willen Deutschlands gesprochen. Die Blätter finden sich einig in der Feststellung, daß die Rede Dr. Simons auf die Alliierten den schlimmsten Eindruck gemacht habe. Darüber, welche Folgen das deutsche Angebot nach sich ziehen müßte, gehen die Mitteilungen über die von der französischen und englischen Regierung geplanten Absichten weit auseinander. Frankreich hat den brennenden Wunsch nach einem sofortigen Vollzug der Sanktionsmaßnahmen. Dieser Auffassung jedoch wird von englischer und italienischer Seite lebhaft widersprochen. Die drei Sachverständigenkommissionen (militärische, wirtschaftliche und juristische) sollen heute nachmittags dem Obersten Rate das Ergebnis ihrer Beratungen mitteilen. Die nächste Zusammenkunft mit den deutschen Vertretern ist für Mittwoch in Aussicht genommen. In diesem Zuge sollen den Deutschen die Absichten der Alliierten bekanntgegeben werden. Weitere Besprechungen mit den Vertretern Deutschlands sind wenigstens einstweilen nicht geplant. Laut „Echo de Paris“ wünscht Lloyd George vorderhand „nur“ wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen, und zwar müsse man die gesamte deutsche Ausfuhr nach den alliierten Ländern mit 50 Proz. versteuern. Auf französischer Seite hält man diese Maßregel für wenig wirksam. Die französischen Sachverständigen treten auch für die Aufhebung der Abmachungen vom 26. Juni 1919 ein, wonach das Rheinland am politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands vollen Anteil habe. Militärisch ist Lloyd George für eine beschränkte, sozusagen bescheidene Operation. Zwischen den Alliierten besteht ein tiefgehender

Widerspruch über die Frage, ob Zwangsmaßnahmen noch vor dem 1. Mai in Anwendung gebracht werden können.

Graf Storza soll erklärt haben, Buchstabe und Geist von Versailles müßten beobachtet werden. Unbedingt sei also der 1. Mai abzumachen. Wenn die Alliierten eine andere Haltung einnehmen, könnten die Deutschen selbst in den Entente-Ländern Anhänger finden, wodurch eventuell die Anwendung militärischer Strafmaßnahmen schwierig würde, und Deutschland könnte sich in dieser Angelegenheit an den Völkern wenden. Die Franzosen betonen dem gegenüber, daß bereits jetzt alle Verletzungen Deutschlands gegen den Versailler Vertrag festgestellt werden müssen und infolgedessen Zwangsmaßnahmen schon jetzt durchgreifen könnten. Lloyd George beharrt auf seiner Meinung, es dürfe nichts entschieden werden, ehe die Alliierten völlige Sicherheit für ihr zweifelloses Recht gegen Deutschland hätten. Gegen die Feststellung der deutschen Verletzungen hat er nichts einzuwenden.

### Die Stimme der französischen Arbeiter.

Paris, 1. März. (W.D.) Jonhauz schreibt im „Peuple“, die französischen Arbeiter antworteten laut und vernünftig auf den Gedanken, den die Arbeiter Deutschlands ausdrücken. Die deutschen Arbeiter erklären, daß sie reparieren wollen. Welches Recht hat man, ihr Wort in Zweifel zu ziehen? Man muß sich verständigen. Man muß ein Arrangement suchen, eine Zusammenarbeit finden. Das kann aber nur durch die Arbeit, in Freiheit und Frieden geschehen.

### Die britische Ablehnung.

London, 2. März. (W.D.) Laut „Daily Chronicle“ war man über die Abwesenheit der deutschen Sachverständigen erstaunt. Die deutschen Gegenvorschläge sind jedoch in einem ausführlichen Druck erschienen, worin alle Arbeiten der Sachverständigen enthalten sind. Man ist in London erstaunt, daß Dr. Simons nicht als General-Bevollmächtigter gekommen ist. Trotzdem erwartet „Daily Chronicle“ nicht, daß hieraus wesentliche Verzögerungen entstehen werden. Lloyd George soll an Marshall noch einige kurze Fragen gestellt haben bezüglich der verschiedenen Möglichkeiten, das besetzte Gebiet auszudehnen. In jedem der einzelnen Fälle erkundigte sich Lloyd George nach der benötigten Truppenzahl und nach dem Einsatz, den die Befehung auf die verschiedenen Volksteile ausüben würde. (Da ist noch schon der richtige Gutachter! Red.)

Laut „Evening Standard“ legt die Londoner City großen Wert auf die Nachricht, daß die deutschen Gegenvorschläge auch eine Bestimmung für die Beteiligung der Alliierten an deutschen industriellen Unternehmungen enthalten.

Der Korrespondent der „Daily News“ hebt hervor, daß die alliierten Mächte bei der Regelung der Entschädigung

### die Haltung der neuen amerikanischen Regierung

nicht übersehen können, welche sich heftig einer Befehung weiteren deutschen Gebietes durch Frankreich widersetzen würde. (?) „New Statesman“ bemerkt: Es steht fest, daß eine sehr kritische Lage entstehen wird, denn unmöglich kann Deutschland die Pariser Entschädigungsbefehle annehmen, selbst wenn diese Befehle ausführbar wären, und jeder außerhalb Frankreichs weiß, daß sie es nicht sind. Briand ist in einer ungleich schlimmeren Lage, er kann kaum in etwas nachgeben, ohne bei seiner Rückkehr nach Paris in der Kammer eine schwere Niederlage zu erleiden. Von Lloyd George hängt das Ergebnis der Verhandlungen ab. Zweifelloser wird er nötigenfalls eine faszinierende Formel entwerfen, aber die Schwierigkeiten scheinen fast unüberwindlich, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß viele

### die härteste Partei Frankreichs einen Mißerfolg wünscht,

damit die Sanktionen ausgeführt werden können. Die französische Armee steht, wie es heißt, bereit, um das deutsche Industriegebiet zu besetzen und den wirtschaftlichen Untergang der deutschen Industrie zu vollenden. Um eine solche Katastrophe zu verhüten, wird Lloyd George wahrscheinlich verpflichtet sein, ungewisheitlich zu erklären, daß ein solches Vorgehen den endgültigen Abbruch der französisch-englischen Beziehungen zur Folge haben würde.

Ja, das meint „New Statesman“, ein illustriertes Pazifistenblatt. Mit Tristan fühlen wir: „Ach weiß es besser, doch kann ich's Dir nicht sagen.“

London, 2. März. (W.D.) Die gesamte Londoner Morgenpresse von „Daily Mail“ bis „Daily News“ lehnt die deutschen Gegenvorschläge ab, zum Teil in sehr scharfen Ausdrücken. „Times“ nimmt an, daß die

### Erklärung Simons nicht das letzte Wort

Deutschlands bedeute. „Morningpost“ schreibt, Simons habe den Alliierten ihre Aufgabe leicht gemacht und ihnen eine Einheit des Zwecks und Ziels gegeben, wie sie seit November 1918 nicht mehr bestanden hätte. „Daily Telegraph“ führt aus, wenn man auch angenommen habe, daß die Mitteilung der deutschen Gegenvorschläge zu einer kritischen Lage führen würde, so hätte doch niemand eine so rasche und entscheidende Entschädigung der Dinge vorausgesehen. (Simons wird sich wohl gesagt haben: Lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende! Red.) Wenn die Berliner Regierung bei ihrer Haltung verharrt, dann werde England die Deutschen in keinem Zweifel darüber lassen, daß es Frankreich unter allen Umständen unterstützen muß, sei es durch eine Aktion zur See (Hes: Hungerblockade! Red.) oder durch wirtschaftlichen Druck. „Daily Mail“ nennt die deutschen Gegenvorschläge unverschämte und fordert sofortige Strafen, wenn Deutschland seine Haltung nicht ändere.

# Reform der Reichsverwaltung.

Wie unseren Lesern bekannt, ist der sogenannte „Finanzdiktator“ Carl dieser Tage zurückgetreten, weil er beim Versuch, seine Aufgabe zu erfüllen, auf allzu große Widerstände stieß. In die Art dieser Widerstände leuchten die folgenden Ausführungen hinein, die uns aus Abgeordnetenkreisen zugehen:

Zurzeit geht eine Notiz durch die Presse, nach der das Reichsministerium beschlossen hat, eine gemischte Kommission zur weiteren Prüfung der zur Vereinfachung und Vereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifenden Maßnahmen einzusetzen. Dieser Kommission, die unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Koch, tagen wird, sollen je sechs Vertreter der Reichsregierung, des Reichsrats und des Reichstags angehören. Ihre Aufgabe soll sein die Nachprüfung der Verteilung der öffentlichen Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gemäß der Verfassung, der Organisation der Behörden, des Verhältnisses zwischen Reichs- und Landesbehörden, der Dezentralisation innerhalb der Reichsverwaltung und die Abgrenzung der Verwaltungsbezirke.

Die Meldung hört sich gar nicht übel an, und der Uneingeweihte wird sich vielleicht auch darüber freuen, daß „endlich“ einmal etwas geschieht. Dem Wissenden aber erzählt die Meldung etwas ganz anderes.

Man entsinnt sich, daß, angeregt durch die hohen Defizite in den Reichsverwaltungen, vom Reichstag zwei Ausschüsse eingesetzt wurden, welche prüfen sollten, wie eine Verbilligung der Verwaltung zu erreichen sei. Die Eisenbahn mit ihrem Duzendmilliardendefizit bekam einen Ausschuss für sich allein, der andere „Verbilligungsausschuss“ sollte sich mit den übrigen Reichsverwaltungen befassen. Die erste Wirkung, welche dies Vorgehen des Reichstags bei der Reichsregierung auslöste, war die Einsetzung des Finanzdiktators Carl, von dessen Wirksamkeit man bis zu seinem Rücktritt herzlich wenig gehört und noch weniger gespürt hat. In den Wandelgängen des Reichsparlaments erzählte man damals, daß die Regierung der im Verbilligungsausschuss geäußerten Absicht der Nachprüfung des Geschäftsgebarens verschiedener Reichsbehörden durch einzelne Abgeordnete an Ort und Stelle unter allen Umständen vorbeugen wolle, und die Berufung des Finanzdiktators sei hierzu der erste Schritt. Man wolle sich durchaus nicht in die Karten gucken lassen. Um den Ausschuss hinzuhalten, wurde ihm vor den Sommerferien im vergangenen Jahre für den Herbst umfangreiches Material zugesagt, das den Ausgangspunkt der Arbeiten des Ausschusses bilden sollte. Spät im Winter lag dann das „umfangreiche“ Material in Gestalt einer dreifelligen Druckschrift über die Organisation der Reichsministerien vor. Im Ausschuss hat sie nichts als Enttäuschung ausgelöst, denn das, was sie brachte, war erstens den beteiligten Abgeordneten durchweg bekannt, und zweitens bot sie nicht den geringsten Anhalt zu einer Verbilligungsarbeit.

Der Ausschuss wurde also dringlicher, und der Gedanke, zur Prüfung der einzelnen Reichsressorts Unterkommissionen einzusetzen und die Arbeit praktisch anzufangen, gewann an Boden. Lediglich aus den Reihen der Deutschen Volkspartei wollte man sich von einem Selberrnachehen keinen Erfolg versprechen! So wurde die Sache denn wieder verlagert, bis der Reichsminister des Innern weiteres Material geliefert haben würde. Auch dies Material erwies sich als nicht brauchbarer denn das zuerst gelieferte. Zwar ist die neue Druckschrift 128 Seiten stark, doch bietet sie inhaltlich nicht den geringsten Anhaltspunkt, wo die Verbilligungsarbeit einzusetzen hätte. Man hat lediglich das erste Heft insofern ergänzt, als man die augenblickliche Zahl der Referate und nachgeordneten Behörden und Beamten der einzelnen Ministerien — und zwar jedes nach seinem Geschmaack — angeführt hat. Die Besprechung der neuen Unterlage im Ausschuss ergab denn auch nicht den geringsten Fortschritt. Nur konnte festgestellt werden, daß sich der Gedanke der Bildung von Unterkommissionen und die Absicht, praktisch an die

Wbung der Aufgabe heranzugehen, trotz dem andauernden Widerstand der Deutschen Volkspartei durchgeführt hatte.

Um den Ausschuss noch länger hinzuhalten, griff man nun zu einem neuen Mittel. Es wurde beantragt, daß die Reichsregierung dem Ausschuss die vom Finanzdiktator unterbreiteten Verbilligungsvorschläge nebst den Äußerungen der Reichsressorts vorlegen sollte, erst dann würde die praktische Arbeit beginnen können. Der Antrag fand Annahme, und nun wartet der Ausschuss seit etwa sechs Wochen auf die Erfüllung seines Wunsches. Es darf bezweifelt werden, ob die Reichsregierung ihn jemals erfüllen wird, denn jeder denkende Mensch wird aus der Art der Behandlung der Angelegenheit durch die Reichsregierung klar erkennen, daß es ihr lediglich darum zu tun ist, den Ausschuss an der Durchführung seiner Arbeiten zu verhindern.

Nichts anderes hat es zu bedeuten, daß sich jetzt das Kabinett entschlossen hat, die eingangs erwähnte gemischte Kommission einzusetzen. Man erkläre nicht etwa, daß diese Kommission ganz andere Aufgaben habe. Jeder, der mit dem Behördenapparat und -betrieb auch nur einigermaßen vertraut ist, weiß, daß eine Verbilligung der Verwaltung identisch ist mit ihrer Vereinfachung und Vereinfachung. Es liegt hier also ganz klar der Versuch der Reichsregierung vor, eine Maßnahme des Reichstags zu durchkreuzen und unwirksam zu machen. Und was verschiedene andere Aufgaben der gemischten Kommission anbetrifft, kann man sie als utopisch bezeichnen, denn die öffentlichen Aufgaben sind in der Reichsverfassung sehr klar zwischen Reich und Ländern verteilt und diese und die Gemeinden werden sich sehr dafür bedanken, daß eine Kommission der Reichsregierung ihnen in den Kram puschen will.

Um es ganz offen zu sagen, es handelt sich hier um folgendes: Kein Mensch, der die Verhältnisse kennt, zweifelt noch daran, daß wir in sämtlichen Reichsbehörden zu viel höhere Beamte haben, bei verschiedenen Behörden sind allerdings auch zu viel mittlere Beamte vorhanden. Um diese höheren Beamten unterzubringen — und zwar standesgemäß — hat man Referate über Referate und Abteilungen über Abteilungen geschaffen. Manche Referate sind mit zwei Referenten besetzt, mancher Referent arbeitet mit — sage und schreibe — einem Bureaubeamten. D. h. der Bureaubeamte arbeitet und der Herr Referent läßt ihn ruhig arbeiten. Es wird und kann doch nicht geleugnet werden, daß es in einzelnen Behörden so weit gekommen ist, daß die höheren Beamten nicht mehr wissen, was sie vor Langeweile anfangen sollen. Ja, die Behauptung scheint gar nicht übertrieben zu sein, daß man vielerorts ganz glatt ein Drittel der höheren Beamten und mehr entbehren kann, und daß diese lediglich eine Erschwernis und Verlangsamung des Dienstbetriebes bedeuten. Diese Herren in ihren Sinecuren zu halten, das ist der einzige und letzte Beweggrund, weshalb die Reichsregierung alles aufbietet, um zu verhindern, daß sachverständige Abgeordnete das Geschäftsgebahren der Reichsbehörden selbst und an Ort und Stelle prüfen.

Hinzu kommt noch, und dies ist bezeichnend, daß der Finanzdiktator sich sogar mit recht bescheidenen Verbilligungs- und Vereinfachungsplänen nicht hat durchsehen können. Man erinnert sich, daß es kein anderer als der Vorsitzende der neu entstehenden Sparsamkeitskommission, der Reichsminister des Innern Koch, war, der den Sparsamkeitsmaßnahmen des Finanzdiktators im Kabinett und auch bei anderer Gelegenheit scharf entgegengetreten ist, wodurch er offenbar seine Eignung zum Vorsitzenden der Sparsamkeitskommission genügend dargetan haben dürfte. Was hiernach von der Kommission zu erwarten steht, ist nicht schwer zu erraten. Die Sache ist aber zu ernst, um mit ihr Schindluder zu spielen. Der Verbilligungsausschuss des Reichstags hat sich lange genug zum Narren halten lassen. Wenn er nicht selbst zugestehen will, daß er überflüssig ist, wird er sich wenigstens jetzt wohl oder übel rühren müssen.

**Sturm und Drangbühne.** Wiederum haben einige ehrgeizige Menschen versucht, eine neue, bessere Theaterzeit zu begründen. Sie vereinigen sich zu einer Gesellschaft, die den stolzen Namen Sturm- und Drangbühne führt. Aber es handelt sich nur um Schall und Rauch. Herr Paul Friedrich leitete den ersten Abend mit einem Vortrag ein, der programmatischen Charakter trug. Sturm und Drang sei alles, was sich von den überlieferten und erstarren Kunstformen wegwende und zu neuen Inhalten und Formen gelangen möchte. Es wurde der expressionistische Stil unserer Zeit von dem Festredner besungen, und dann ging man über zu den praktisch belehrenden Beispielen, die den Geschmack für das neue Werk begründen und fördern sollen. Man spielte einige Szenen von Karl Hauptmann, etwas Faulstichs, das jedoch über die Anfänge des Entwurfs niemals hinausgekommen ist. Es handelt sich um ein Erstlingswerk, das seinen Geist an den Maschinen der Zerstückelung übt und nun erschrickt, weil die Mächte, die es bewaffnet hat, ihm anklagend entgegenrücken. Liebhaber versuchten sich an diesen Szenen und auch an einem ehrwürdigen Literaturstück des Stürmers und Drängers Heinrich Leopold Wagner. Der Dichter des „Couchen Humberg“ hat mit Anspielungen und Ausdeutungen seiner unruhigen Zeit eine Apotheose Voltaires verfaßt. Der große Spötter sinkt zusammen und bekennt sich zu Himmelsjubigkeit und Gottesflawentum, da er die letzte Stunde nahen fühlt. Alles das ist auch nur von unzulänglichen Liebhabern der schönen Künste dargestellt. Man fragt sich, wozu diese Versuche dienen sollen, wozu diese Programme nützlich sind? Alles das ist nur dilettantisch und irreführend. Nichts Neues wird erreicht. Nichts Altes, das schlecht wäre, wird zerstört. Einige Privatleute wagen es, ihre persönliche Selbstgerechtigkeit irgendwem moralisch oder ästhetisch zu rechtfertigen. Man soll fremde Leute mit solchem Getändel nicht mehr behelligen. M. S.

**Die Wiege des Spiritismus.** Nicht weit vom Ontario-See im Staate New York liegt eine kleine Stadt namens Hydesville. Eigentlich bestand die Stadt zur Zeit der hier erzählten Ereignisse — im Jahre 1847 — aus einigen kleinen Hütten, wo sich jedermann kannte, und wo keiner nießen konnte, ohne daß alle es erführen. Hier wohnte ein methodistischer Bauer John Fox mit seiner Familie, zwei Töchtern, der fünfzehnjährigen Margarete und der zwölfjährigen Katie. Eine verheiratete Schwesler, Leah Fish, eine wichtige Person in der Geschichte des Spiritismus, wohnte in Rochester, 30 Meilen entfernt. Sie war eine durchtriebene junge Frau, Witwe, und lebte von Musikstunden. Ein Sohn, David, wohnte einige englische Meilen entfernt. Die Eltern und die beiden Mädchen waren im Dezember 1847 in das Haus gezogen. Man hatte erzählt, daß es im Hause spuke. Im Februar des folgenden Jahres begann die Unruhe. Man hörte geheimnisvolles Klappen in den Wänden und den Möbeln des Zimmers, in dem die Mädchen sich aufhielten. Der Vater zuckte darüber die Achseln; aber die Mutter wurde immer nervöser. Nur die beiden Mädchen schienen ganz ungerührt davon. „Höre, lieber Spuk, mach es wie ich“, so pflegte die Zwölfjährige zu sagen, klopfte mehreremal, und sofort antwortete eine unsichtbare Kraft mit der gleichen Zahl von Klappentönen. Die Genauigkeit, womit der Unsichtbare alles nachmachte, wozu man ihn aufforderte, zeigte Frau Fox,

# Tirpitz und Stinnes.

Eine Ansprache der Flensburger Arbeiter.

Wie wir erfahren, ist die verunglückte Schiffstaufe des „Tirpitz“ in Flensburg doch nicht so lang- und kluglos abgegangen, wie nach den ersten Meldungen anzunehmen war. Wenn auch der Stapellauf des Dampfers unterbleiben mußte, so hatte sich doch auf der Werft ein Trupp vaterländischer Arbeiter zur Begrüßung der Herren Tirpitz und Stinnes gefunden, deren Sprecher folgende Ansprache hielt: Hochverehrter Herr Großadmiral! Hochverehrter Herr Großkapitän!

Mit Freude sehen wir heute zwei edle Repräsentanten des guten alten Preußen bei uns: Den Kriegsheer und den Kriegsgewinnler. Sie, Herr Großadmiral, haben wie kein zweiter den Krieg gegen England geführt, zum Wohle des Vaterlandes haben Sie dann vermieden, sich während der vier Kriegsjahre irgendwie persönlich in Gefahr zu begeben. Aber was tuts? Verdanken wir doch Ihrem herrlichen Wirken zwei Millionen Tote, anderthalb Millionen Kriegswitwen, ebenso viele Kriegswaisen, drei Millionen Kriegsbeschädigte, nebst allem sonstigen Elend. Sie sind einer der Hauptschuldigen des U-Boot-Krieges, für den wir jetzt so bitter büßen müssen, und was besonders anerkennenswert ist: Sie haben ihn gefordert, obwohl Sie in der Eile vergessen hatten, U-Boote zu bauen.

Und nun zu Ihnen, Herr Stinnes! Mit ungeheurer Geschick haben Sie verstanden, aus der Rot des Volkes Riemen zu schneiden. Dafür sind wir deutschnationalen Arbeiter Ihnen ewig dankbar. Während in den Schützengräben für Tag 3000 Deutsche starben, haben Sie in Belgien Finanzprojekte zur Verschlingung der belgischen Industrie ausgeheckt, die Ihnen netto hundert Millionen eingebracht hätten, wenn wir Belgien behalten hätten. Aber trotz des Kriegsverlustes waren Ihre Kriegsgewinne noch immer ungeheuer, denn es war ja so leicht, die Preise unter dem Hindenburgprogramm ins Unendliche zu steigern. Unermesslich, Herr Stinnes, haben Sie am Staat verdient, und deswegen sind Sie völlig im Recht, wenn Sie jetzt die persönliche Unterzeichnung einer Steuererleichterung verweigern und von Ihrem vielfachen Millionengewinn bisher an Steuern — 172 000 M. abgeliefert haben. Empfangen Sie unseren nie endenden Dank dafür, daß Sie so schön die und jetzt geworden sind, während wir zu Skeletten abmagerten.

Tirpitz und Stinnes, die edlen Vertreter des guten alten Preußen, hipp hipp hurra, horrido, hell!

Die Antwort von Tirpitz und Stinnes ist uns bis zur Stunde noch nicht bekannt geworden!

# Abstimmungsbetrug.

**Deutsch. 1. März.** (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). In Jaborze wurde ein skandalöser Abstimmungsbetrug aufgedeckt. Von großpolnischer Seite sollen über 50 Anträge für abstimmungsberechtigte Personen eingereicht worden sein, die bereits längst verstorben sind. Auch soll man eine Reihe von Fälschungen festgestellt haben, in denen verschiedene Leute mit großpolnischer Orientierung mehrfach in die Abstimmungsliste eingetragen worden seien. Das deutsche Plebiszitkommissariat hat bei der zuständigen Stelle dagegen Proteste eingeleitet.

In Oberschlesien werden zur Volksabstimmung auch zahlreiche Auslandsdeutsche erwartet, selbst aus Uebersee sind schon Anmeldungen eingegangen. — Auch der deutsche Gesandte in Brüssel, Genosse Otto Landsberg, der im Kreise Agnit stimmberichtig ist, wird natürlich kommen.

Unter dem Verdacht, den Prokuristen und deutschnationalen Führer Klobber aus Bismarckhütte mit ermordet zu haben, sind in Friedenshütte zwei Personen verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Beuthen zugeführt worden.

In Gleiwitz wurde der wegen Reineids im Zusammenhang mit dem Rupta-Mord verfolgte Kutler des polnischen Plebiszitkommissariats in Gleiwitz, Franz Przybyllo, verhaftet. Es stellte sich dabei heraus, daß dieser Przybyllo identisch ist mit einem Oberleutnant der „Bojowla Polska“ und außerdem ein langgefuchter Raubmörder ist.

# Was wird mit der Siegesallee?

Von Karlcrost Knab.

Unter den vielen Unerfreulichkeiten des Krieges war einmal eine, die auch Angenehmes zu bringen versprach. Das war die Verordnung über die Denkmälerbeschagnahme. Da eine Gewähr dafür gegeben zu sein schien, daß nicht wertvolles Kunstgut in den Schmelzriegel wanderte, so konnte man hoffen, bei dieser Gelegenheit manches los zu werden, das nicht schon anzusehen war. Man hat nicht viel von den Ergebnissen jener Verordnung gehört, weder von der beabsichtigten noch von der unbeabsichtigten Nebenwirkung. Die Siegesallee in Berlin aber ist aus Marmor, die Einschmelzverordnung konnte ihr also nicht gefährlich werden.

So steht sie heute noch. Die politische Umwälzung kam, und die lebendigen Fürsten verschwanden überall in Deutschland in der Versenkung des Privatlebens und des Prätendententums. Aber die 32 marmornen Herzöge, Könige und Kaiser — sie blieben. Sie blieben und verzerrten das republikanische Berlin ebenso wie das wilhelminische. Zweifellos — es zeugt von Ungechmaack, von politischem Fanatismus und von roher Geschichtslosigkeit, politische Veränderungen durch die Vernichtung der Sinnbilder des Bewesenen zu befestigen. Jeder „Bildersturm“, zumal der gegen Schöpfungen der Kunst, ist schrecklich. Die Siegesallee aber ist nicht berechtigt, für eine Schöpfung der Kunst gehalten zu werden. Hier ist ein Fall, wo neue Machtverhältnisse bedenkenlos benutzt werden können, dem guten Geschmack eine lang verwehrt Genugtuung zu geben. Wie zum Teufel soll man verstehen, daß die Sozialdemokratie in unmittelbarer Nähe des Reichstags sich diese Allee der fürchterlichsten Marmorgruppen gefallen läßt?

Wie lange sollen diese Marmorgußfiguren noch den Tiergarten verschandeln? Es ist schade um den schönen Rohstoff, um die vielen Zentner Marmor, an denen die Bildhauer unserer armen Zeit zeigen können, ob neuer Geist in neuen Formen blüht. Jahrzehntlang ist die Siegesallee ein durch alle Witzblätter Deutschlands und der Welt geschicktes Sinnbild dessen gewesen, was im wilhelminischen Preußen und Deutschland wahrhaftig fürchtbar war: kunstfernes Progentum, forsche Ahnungslosigkeit oben und feiges Rundhalten unten, unüberbrückbare Kluft zwischen dem Geist der Nachfolen und dem Ungeist der Mächtigen. Es ist an der Zeit, daß diese trostlose Zuckerbäckerei der Schott, Unger, Böse, Felderhoff, Herter und wie sie alle heißen, die heute kein Mensch mehr kennt, abgebrochen wird. Und das sollte keine Rundgebung gegen politische Ueberzeugungen sein, sondern eine längst notwendige „Wiedergutmachung“ einer allzu dauerhaft geforenen künstlerischen Scherzstückel.

daß es ein intelligentes Wesen war, nicht eine Ratte oder ein Insekt, wie der Mann behauptete. So beschloß man, Fragen zu stellen. Die Antworten sollten durch Klopfen ausgebrückt werden. Man fragte nun den Familienpater, ob er ein Ermordeter sei, und ob er im Hause begraben liege. All diese Fragen wurden bejahend beantwortet. Eines Tages aber kam der „Ermordete“, der auch seinen Namen durch Klopfen bekanntgegeben hatte, frisch und gesund aus der Stadt.

Viele Jahre später erzählte Margarete, daß die Geschichte ein Gewebe von Lügen gewesen sei. Einmal lud man die ganze Stadt ein, sich das Klopfen anzuhören. Alle Anwesenden hörten mit Schrecken die Antworten des „ermordeten Hausfatters“, während die beiden Mädchen ganz unschuldig in ihren Betten lagen. Der „Geist“ gab auf Befragen das Alter aller Anwesenden an, wieviel Kinder sie hatten usw. Man zweifelte nicht mehr an der Allwissenheit des Geistes. Die Familie Fox konnte nicht mehr in dem Spukhaus bleiben, sondern verstreute sich. Die Geister, die schon jetzt recht zahlreich waren, folgten den Mädchen. Die mediale Kraft schien auf seltsame Weise ihren Verwandten und Bekannten zu folgen. Rochester und Auburn besaßen bald zahlreiche Häuser, wo sich das mystische Geisterklopfen ereignete. Besucher aus anderen Städten brachten die Anstreckung mit nach Hause und so verbreitete sich die Epidemie bald über den ganzen Staat New York — der Spiritismus war begründet.

**Keryllische Behandlung drahtlos.** Mitten im Atlantischen Ozean hat der Schiffszug des englischen Dampfers Retagama, der dieser Tage in Liverpool eintraf, auf drahtlose Weise einem weit entfernten seinen Kurs leitenden Dampfer ärztliche Vorschriften erteilt. Auf der Fahrt von Kanada nach Liverpool begriffen, hatte die Retagama vom Steuermann des Frachtdampfers Vindleria, der nach Glasgow bestimmt war, die drahtlose Nachricht von der schweren Erkrankung des Kapitäns erhalten, die durch eine eingehende Krankheitsgeschichte ergänzt wurde. Dr. Catthack, der Arzt der Retagama, erteilte darauf ebenfalls drahtlos ärztliche Behandlungsvorschriften und hatte die Freude, nicht lange darauf die Nachricht zu erhalten: „Haben Ihre Vorschriften befolgt. Patient befindet sich viel besser.“

**Vorträge.** Dr. Rudolf Bernonlli vom Kunstgewerbemuseum wird für den erkrankten Prof. Paulier am 4. und 11. März, nachm. 5 Uhr, im Kün, Kertmenhaus die beiden Vorträge über „Das alte und das neue Buch“ abnehmen.

**Theater.** Das Deutsche Theater bereitet noch für die Spielzeit Schillers „Fiesko“ vor. Dieser Aufführung wird sich eine anstliche Festschreibung der am Deutschen Theater gespielten Dramen Schillers anschließen.

**Die größte Freilichtbühne der Welt** soll in Freiburg in Baden errichtet werden. Der Zuschauerraum soll 8000 Personen fassen. Nach dem „Freiburger Tageblatt“ ist die finanzielle Seite bereits gesichert. Die Bühne wird 200 Meter breit und 100 Meter tief sein. Man will bereits in diesem Sommer das Oberammergauver Pölsenspiel in Freiburg auführen.

**Landwirtschaftsausschuss.** Zur Förderung und Organisation des Landwirtschaftlichen auf dem Lande ist unter Mitwirkung des Landwirtschafts- und des Wohlhabendensvereins ein „Landwirtschaftsausschuss“ ins Leben gerufen worden. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin SW. 11, Bernburger Str. 12.

## Sekretariat unantastbar.

**Wien, 2. März.** (Reuter.) Die griechische Nationalversammlung hat eine Entschließung angenommen, die Kallogeropoulos nach London übermitteln wird. Sie besagt im wesentlichen, daß Griechenland bei aller dankbaren Anerkennung des wohlwollenden Schutzes der Interessen des Landes durch die Alliierten nicht imstande sei, den Vorschlag einer Revision des Vertrages von Sevres anzunehmen, den es als eine Mindestentschädigung für seine Opfer betrachte.

## Nikita gestorben.

**Wien, 2. März.** (Havas.) Der König von Montenegro ist gestorben. — Nikita hat in seiner langen Regierungszeit die alte Stammesverfassung mit Eifer und Gewalt überwunden. Seiner an Ränken überreichen Herrschaft haben die Friedensdiktate ein Ende gemacht, da sie das selbständige Montenegro von der Balkanhalbinsel strichen und es zu Südslawien schlugen.

## Doch Aufstand in Rußland?

**Helsingfors, 2. März.** („Berlinsche Tidende“.) „Hufstadt-Bladet“ verteilte gestern nachmittags folgendes Extrablatt: Den von verschiedenen Seiten beim finnischen Generalstab eingelaufenen Nachrichten zufolge bestreiten sich die Meldungen, die früher über Revol eingetroffen sind und von einem Aufstand in Petersburg berichten. Arbeiter und Matrosen haben sich zusammengeschlossen und kämpfen gegen die Schüler der Militärschule, die eine Stütze der Sowjetregierung sind. — Von der Grenze wird gemeldet, daß die Garnison von Petersburg unter die Auführer Woffen verteilte, sich im übrigen aber neutral verhält. Die Matrosen von Kronstadt haben sich den Aufständigen angeschlossen. (Das war sogar schon aus Andeutungen der B.R.D.-Presse gelegentlich zu entnehmen. Red.) Woffin Ostrom und mehrere andere Stadtviertel befinden sich in den Händen der Auführer.

## Gegner gegen den „Vorwärts“.

Im Wehrausschuß des Reichstages wandte sich Mittwoch bei der Fortsetzung der Beratung des Wehrgesetzes Wehrminister Geßler gegen die Behauptung des „Vorwärts“, das Wehrministerium sei in puncto Zeitungswesen nicht liberal verfahren, da der Truppe das

### Halten des „Vorwärts“ wiederholt verboten

worden sei. Der Minister stellte fest, daß ihm und den Offizieren seines Ministeriums während seiner Amtszeit auch nicht ein Fall bekannt geworden sei, der die Behauptung des „Vorwärts“ stützen könnte. (Damit bestätigt Herr Geßler die Richtigkeit unserer Behauptung, daß ihm die Zeitschrift des „Vorwärts“ von seinen vorgelegten Unterlagen offenbar entzogen wird. Heute wollen wir dem unwillkürlichen Herrn Reichswehrminister verraten, daß in fast allen Potsdamer Kasernen der „Vorwärts“ verboten ist, während „Post“, „Deutsche Tageszeitung“, „Tägl. Rundschau“ usw. auf den Stuben gratis verteilt werden. Red. d. B.) Abg. Schöpplin (Soz.) betonte, daß kein Mitglied des Ausschusses an dem vom „Vorwärts“ gebrauchten Bericht beteiligt sei und daß die dort aufgestellte Behauptung in den Darlegungen der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder keine Stütze finde. Er könne nur sein Bedauern aussprechen. (Gen. Schöpplin hätte sich bei uns erkundigen sollen, was er nicht getan hat. Red. d. B.) Zu § 35 äußert sich zunächst der Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.) ablehnend, dagegen v. Gallwitz (Dnat.) und Dr. Haas (Dem.) in mehr zustimmendem Sinne. Nach dem Paragraphen soll Zugehörigkeit zu nicht politischen Vereinen, sofern sie nicht aus militärischen Gründen verboten wird, den Soldaten gestattet sein. Wird der Eintritt zu einem solchen Verein durch den Standortleuten verboten, so ist Beschwerde beim Reichswehrminister zulässig. — Abg. Schöpplin (Soz.) tritt dafür ein, daß den Soldaten die

### wirtschaftliche Interessenerzeugung

gestattet wird. Streit, passives Resistenz und dergleichen Kampfmittel werden von den Wirtschaftsverbänden der Berufsstände nicht in Anspruch genommen. Wenn nicht das System des alten preussischen Kriegsministeriums sorgfältig durch den neuen ersetzt werden soll, so ist die Behauptung des „Vorwärts“ nicht zu halten. Die Entschädigung über ein Vereinsverbot darf nicht in die Hand der Standortkommandanten gelegt werden, sondern muß dem Reichswehrministerium zustehen. Der Reichstag wäre dann die Kontrollinstanz und zugleich eine Schutzinstanz. Das steht noch bei den Mannschaften ein gewisses Mißtrauen gegen die Offiziere vorhanden ist, ist auf das alte Verhalten von Offizieren während des Krieges zurückzuführen. — Abg. v. Schoch (Dnat. Sp.): Ein Teil der Offiziere hat während des Krieges Fehler gemacht. Aber die Revolution und der Umsturz der Volksbeauftragten haben es unmöglich gemacht, die schuldigen Offiziere zur Rechenschaft zu ziehen und auszuliefern. (Das trifft nicht zu, Bergl. den Fall Hiller! Aber das Geständnis des Herrn v. Schoch werden wir uns merken. Red. d. B.) — Reichswehrminister Geßler: Ein Heer mit Streikrecht will niemand und ein solches Heer ist undenkbar. Zweifellos wollen die wenigsten Soldaten ein solches. Aber man muß dafür sorgen, daß der Staatsgedanke nicht leidet. Die Folgen der Organisationslosigkeit haben sich in unangenehmen Auseinandersetzungen in den Kasernen gezeigt. Man muß sich die Folgen davon klar machen. Dem politisch doch stark engagierten R. d. B. S. kann ich kein Privilegium einräumen. Ich bin aber bereit, mit diesem Verband zusammenzuarbeiten, ebenso wie mit den anderen. Der Minister ist hierüber das merkwürdige Verhalten des R. d. B. S. während des Kapp-Zuges. Der Vorsitzende des Verbandes hat damals in das Band hinaus telegraphiert, mit der rechtmäßigen Regierung nicht zu verhandeln. Später ist das doch geschehen, es ist aber auch mit Kapp-Battisch verhandelt worden. Als die Zeitung des R. d. B. S. erkannte, daß die rechtmäßige Regierung Herr der Lage war, lenkte die Verbandsleitung ein, verlangte aber, daß sämtliche Reumontstellen des Verbandes des Verbandes einräumt würden. (Was das sind ganz erstaunliche Beschuldigungen des Reichswehrministers. Den R. d. B. S. der wesentlich zum Sturz des Kapp-Unternehmens beigetragen hat, beschuldigt Herr Geßler des Kappismus, die militärischen Kappisten wie v. Dassel, v. Bohm usw. befordert er! Red. des „Vorwärts“.)

Der Hauptausdruck des Reichstages letzte Mittwoch die Beratungen über den Etat des Reichswehrministeriums fort. Der Ausschuss genehmigte sämtliche Einnahmeposten 1920/21 und bewilligte auch die Ausgabe für die Hauptverwaltung. Die Deutschnationalen klagen über den zu großen Aufwand für die im Ministerium bestehende Personalvertretung, die sich beinahe zu einem zweiten Personalbüro ausgebreitet habe. Von demokratischer Seite wurde diesen Anschauungen entgegengetreten. Die Personalvertretung habe sich durchaus bewährt als wichtiges Mittel, das Vertrauen zwischen den unteren und oberen Stellen zu stärken und ein erfrischendes Zusammenwirken aller Arbeitsträger zu fördern. Auch Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokratie schlossen sich den dem demokratischen Redner geäußerten Ansichten teilweise an. Die Bezahlung sei eine sehr knappe und werde kaum die Selbstkosten, die den betreffenden Funktionären aus ihrer Tätigkeit entstehen.

Der Prozeß gegen Pfeffer von Salomon beginnt am 8. d. M. vor dem außerordentlichen Gericht, das nach Stargard übersiedelt ist. Die Anklage gegen Pfeffer lautet auf Verstoß gegen § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Mai (unbefugte Bildung militärischer Verbände). Die „Republik“ hat Pfeffer im Kreise Krasmade bei ein verurteiltes militärisches Unternehmen gewesen. Es wurde alles ganz militärisch gehandhabt, Übungen usw. veranstaltet. Bei Pfeffer ist auch ein Aufmarschplan gefunden worden.

# Groß-Berlin

## Die Blinde.

Am Potsdamer Platz steht stumm und starr mit einem Führerhund ein Kriegsblinder, die toten Augenhöhlen weit in die Beere gerichtet, und wartet auf milde Gaben.

Das Geld fließt nicht gar so reichlich. Es gibt in jener Gegend, wo der Strom des äppigen Genusslebens vorüberfließt, schon zu viele jener Unglücklichen, die auf Bettelgroschen angewiesen sind.

Eine wohlbeleibte Dame im Pierzigtausendmarkpelz, mit funkelnden Juwelen behängt, rauft heran, segelt wie ein wildgewordener Trutbahn auf den Blinden zu, pflanzt sich herausfordernd vor ihm auf.

„Haben wir Ihnen dazu den Führerhund gegeben? Augenblicklich entfernen Sie sich, und betteln nie wieder... oder der Hund wird Ihnen fortgenommen.“

Der Blinde zuckt zusammen. Schmerzlich verzehrt sich sein Gesicht. Unruhig tasten die Hände hin und her.

„Ja, ich weiß... aber was ich bekomme, reicht zum Leben nicht aus...“

Die Dame kreischt noch der Polizei. Publikum sammelt sich an, nimmt Partei für den Blinden.

„Geben Sie dem Armen doch einen Ihrer Brillantohrringe,“ sagt Sarkastisch ein Arbeiter, „dann ist ihm geholfen.“

Begütigend mischt sich ein älterer Herr ein. „Verzichung, Sie denken wohl zu hart. Wissen Sie überhaupt, was Blindheit bedeutet?“

Nein, sie weiß es nicht und ist doch selbst so blind, kreischt hysterisch weiter nach der Polizei. Man droht, handgreiflich zu werden. Nur der Hund ist Herr der Situation. Wie ein Philosoph hoch er unbeweglich neben dem Blinden und... denkt vielleicht besser als die graufamen Menschen.

Zwei Sicherheitsmänner erscheinen. Von neuem kreischt die Wohltätigkeitsfee.

„Entfernen Sie sich,“ sagt der eine Wachmann, „einen Auslauf dürfen wir nicht dulden.“ Und leise sagt er hinzu: „Geben Sie sich doch von dem Hund nach einer anderen Ecke bringen.“

In ein Auto rettet sich, bedrückt über ihre Heldentat, die noble Dame... die Blinde im Geiste.

## Morgen 1 Mark die Straßenbahnfahrt.

Nach der Annahme des neuen Straßenbahntarifs in der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung tritt die Erhöhung des Fahrpreises von morgen, Donnerstag, ab in Kraft. Es werden danach kosten:

Einzelfahrten 1 Mark,  
Sammelkarten für 7 Fahrten 7 Mark,  
Umsteigearten 1,50 Mark.

Mit der Ausgabe dieser Umsteigearten wird, wie mitgeteilt, erst am Montag begonnen werden. Sie berechtigen zum Uebergang von einer Linie auf eine andere Linie, allerdings nur im Zeitraum von zwei Stunden.

Die Preise für Zeitkarten stellen sich bei Schülerkarten auf 20 M., Monatskarten: für 1 Linie 90 M., für 2 Linien 115 M., für 3 Linien 145 M., für alle Linien 225 M., Arbeiter-Wochenkarten: für 5 Fahrten 5 M., für 12 Fahrten 10 M., für 48 Fahrten 40 M.

Die Gültigkeit der Monatskarten für Februar ist noch bis zum Ablauf des heutigen Tages verlängert.

Auch die Hoch- und Untergrundbahn wird mit der Tarifierhöhung nicht lange auf sich warten lassen. Die Direktion ist bereits zu Verhandlungen darüber zusammengetreten, so daß auch mit Beginn nächster Woche die Hochbahn ihre Preise erhöhen dürfte.

## Keine Fleischhiebungen.

### Haltlose kommunistische Verdächtigungen.

Unter dem Vorbehalt des Stadto. Dr. Weinberg hat der Stadtverordnetenversammlung zur Vorberatung des Antrages der Kommunisten über Unregelmäßigkeiten bei der amtlichen Verteilung von Fleisch keine Untersuchungen auf dem städtischen Schlachthof stattgefunden. Es wurden abermals mehrere benannte Zeugen vernommen, die aber ebenfalls die Behauptungen der Antragsteller nicht bestätigen konnten. Die Angaben, daß der Reichspräsident Ebert und der Ministerpräsident Hirth unbefugterweise Fleischmarken erhalten haben, haben sich bisher als ganz haltlos erwiesen. Sie haben weder Fleisch noch Fleischmarken über den ihnen ordnungsmäßig zugewiesenen Bezugs hinaus erhalten. Die Reichsangelei und das Staatsministerium haben nur bei Empfängen von auswärtigen Gästen ganz geringe Mengen Fleisch auf besonders zu diesem Zweck überwiesenen Fleischmarken bezogen. Beim Staatsministerium handelt es sich nur um insgesamt 7½ Kilo Fleisch, die im Laufe von sieben Monaten für Empfänge bezogen wurden, nach erfolgter Anweisung amtlicher Stellen.

## Farbe und Mode.

Die Akademie der Künste, die gemeinschaftlich mit dem Verband der Deutschen Modeindustrie die Ausstellung „Farbe und Mode“ veranstaltet, öffnet hierdurch dem kunstgewerblichen Schaffen ihre Räume. Das Kunstgewerbe war auch mit Lust und Liebe an der Arbeit und schuf viel Gutes, besonders soweit Raumwirkungen in Betracht kommen. So sind die Wände reizvoll bemalt, Kleider, Hüte, Stoffe, Federn, Hutschmuck und alles mögliche ist geschickt in den Raum gestellt, während man die Beleuchtungskörper zur Erhöhung ihrer dekorativen Wirksamkeit oft mit leuchtendem buntem Papier beklebt hat.

In höchstem Maße auffällig ist der Raum V. „Travesteie auf Mode und Zeit“ (César Klein). Er ist weiß, funterbunt, vieles ist aus Poppe geschnitten und genäht, aber alles ist berechtigt dank der Einheit, die eine starke Wirkung ausübt. Raum Z. „Garten der Moden“ (George B. Kolbe), ist gar zu trampelhaft im Suchen nach Neuem und Absonderlichem. Der Saal der schönen Frauen zeigt viele Bilder, die als Kunstwerk wohl Wert haben, jedoch den dekorativen Modeton vermissen lassen. Es fallen auf Krauskopf mit seiner großen Linie, Max Beckstein und Auguste von Ziehwitz. Raum E. „Metamorphosen“, ist gut gemacht, die Anordnung aber so eigenartig, daß viele wohl ziemliche Konzessionen machen müssen, um sie schon zu finden. Raum F. „Blüten, die mit uns wandern“ (Dr. Ernst Scherz), zeigt reizvolle Arbeiten, und in denen kann man viel machen, ohne gerade aus dem Rahmen zu fallen. Im Raum D. „Jahreszeiten“, sieht man u. a. die berühmten Bilder von August Graf. Raum C. „Farbenstammbaum“ (Ernst Böhm), zeigt von Geschmack, wenn mancher auch die bodenständigeren Farben vermischt. Raum A. „Chor der Farben“ (A. Weiß und Schüler), fällt angenehm auf. Raum B. „Weißes Spalier“, ist hübsch angeordnet, steht aber wohl kaum auf gleicher Höhe mit den anderen Räumen. Im Raum „Der Erdteiler“ sieht man gute Kleinplastiken, vergoldete Holzfiguren (Josef Wackerle) und Eisenplastiken von hohem künstlerischen Wert. In den Räumen „Streifengold“ und „Gelber Klang“ findet man schwebende Malerei und Schaustränke mit teuren Dingen. Raum X. „Blaue Tapete“,

zeigt prächtige Möbel, die zwar allem anderen als einem Rücksichtsprinzip hulldigen.

Im „Preismensaal“ sprechen die Seiden und der Geschmack von Berlin W. Und so sieht man wiederholt gute Kunst an der Wand und unter den Moden Kostbarkeiten über Kostbarkeiten, sehr oft aber auf Kosten des Geschmacks. Es macht sich eben ein Luxus breit, der auf Tanz, Theater, Brett- und Varieté gestimmt ist und den Räten des Lebens weisfremd bleibt.

## Bei den Polen „kommt's auf Geld nicht an“.

Die Feinde des Deutschtums in Oberschlesien möchten das Ergebnis der bevorstehenden Volksabstimmung in jedwede mögliche Weise fälschen. Auch aus Berlin werden immer wieder neue Schwindeletriebs bekannt, mit denen die Agenten der Polen arbeiten. Aus einem der westlichen Bezirke meldet uns eine Frau, daß ein ihr fremder Mann sie vor der Tür des von ihr bewohnten Hauses mit ihrem Namen anredete und sie fragte, ob sie in Oberschlesien abstimmungsberechtigt sei. Als sie das bejahte, riefte er an sie die Zustimmung, ihre Abstammungseigenschaft zu verkaufen. Er sagte hinzu, sie sei doch eine Frau aus dem Arbeiterlande, und auf Geld komme es nicht an. Selbstverständlich holte der auf die Not der Arbeiterbevölkerung spekulierende Mann sich die verdiente Abweisung. Man möge ein Augenmerk auf solche Burlesken haben und ihnen ihr schroffes Handwerk legen!

## Die Reaktion wittert Morgenluft.

Auch in der Schule scheinen die Schüler der Reaktion „sich zu fühlen“ und wieder leidet aufzutreten zu wollen. Im Gymnasium zu Panitzsch hatte man nach der Befestigung der Kaiserbilder usw. anstößigen Verhütung ein als Andenken an den Krieg aufgestelltes Granatstück gleichfalls befestigen müssen. Diese „Freude“ der Schule ist jetzt wieder herborgeholt worden und hat in einer Klasse einen Ehrenplatz erhalten. Wir erwarten, daß die dem Direktor vorgesehene Dienstbehörde ihm schleunigst die nötige Zurechtweisung erteilt. „Andenken“ hat der schuldige Krieg und wahrlich genug hinterlassen, da braucht man der Schuljugend nicht noch einen Granatplitter zu täglicher Betrachtung vor Augen zu rücken.

## Zur Verkürzung der Polizeistunde

erhalten wir aus Bielefeld eine längere Zuschrift, welcher wir das folgende entnehmen:

Die Verkürzung der Polizeistunde auf 11 Uhr läuft in geradezu einschneidender Weise dem Interesse eines gewiß nicht kleinen Teils der Berliner Bevölkerung zuwider.

Vor allen Dingen muß betont werden, daß wenn diese Maßnahme mit der Kohlennot begründet wird, es geradezu unverständlich ist, daß die Verkürzung der Polizeistunde jetzt, nachdem der Winter vorbei ist, in Kraft tritt. Es liegt auf der Hand, daß in den kommenden Monaten des Frühjahrs und Sommers der Verbrauch an Kohle sowohl für Heizung als auch für Beleuchtung doch lange nicht so groß ist, wie in den hinter und liegenden Wintermonaten. Ist es tatsächlich so, daß hierdurch eine Kohlenersparnis eintritt? Ich erlaube mir das Gegenteil zu behaupten. Es ist doch wohl kaum zu erwarten, daß nunmehr alle die Personen, die bisher in den Lokals usw. sich bis 11½ Uhr aufgehalten haben, nun auf einmal eine halbe Stunde früher schlafen gehen werden und dadurch eine Lichtersparnis eintritt. Dieses Publikum wird entweder nun zu Hause noch aufbleiben, oder, was das Schlimmere ist, sich den Lokalen zuwenden, die sich um die Polizeistunde nicht kümmern. Und das ist das traurigste der ganzen Verordnung, daß sie wieder neue sogenannte Repplokale, die die ganze Nacht in Betrieb sind, entstehen läßt, und den bisher schon bestehenden Lokalen dieser Art neue Ströme von Gästen zuführen wird. Logischerweise hätte man annehmen sollen, daß von den Behörden, die man eine Verkürzung der Polizeistunde vornimmt, doch erst mal dafür gesorgt wird, daß die bisher festgesetzte auch tatsächlich eingehalten wird. Wer bei dem verflochtenen Wahllampf Sonntags regelmäßig aus dem Land hinausgegangen und insofern zwischen 6 und 8 Uhr morgens auf den Berliner Stadtbahnhöfen gewesen ist, wird mit Entsetzen wahrgenommen haben, daß aber auch fast alle dieser Bahnhöfe angefüllt waren mit Leuten, denen man es auf einige Meter Entfernung anah, daß sie direkt vom Vergnügen kamen. Es ist übrigens wohl ein offenes Geheimnis, daß wir in Berlin ein sehr entwickeltes Nachleben zu verzeichnen haben.

Durch die neue Verordnung wird den realen Gast- und Schankwirtschaften das Leben sauer gemacht, während den Schieber- und Repplokalen, die sich an keine Verordnung scheuen, erneuter Vorlauf geleistet wird.

Wie sieht die Wirkung dieser Verordnung auf die Arbeiter resp. auf die Angestellten im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe aus? Ich darf da vielleicht die Gruppe herausgreifen, die am meisten darunter leidet, nämlich die Musiker. In den meisten Lokals und ähnlichen Lokalen spielten bisher die Musiker von 7 bis 12 Uhr. Das wurde ihnen als fünfstündige Arbeitszeit anerkannt; sie kamen also laut Tarif auf ein Gehalt von monatlich 1250 M. Durch die neue Verordnung werden sie nur vier Stunden spielen, weil — und das wird jedem, der mit den Verhältnissen vertraut ist, bekannt sein — ein früheres Musikerinfolge fehlens des Publikums vor 7 Uhr sinn- und zwecklos ist. In allen größeren Lokalen, die Musik haben, vielleicht mit Ausnahme derjenigen in der Friedrichstadt, erscheint das Publikum erst nach 7 Uhr. Durch die neue Verordnung bekommen die Musiker nur 4 Stunden (statt bisher 5) pro Tag bezahlt; das ist der Verlust des Verdienstes für 30 Arbeitsstunden im Monat, in Zahlen ausgedrückt: 200 M. Diese Gründe sollten sowohl unserer Parteiorganisation wie auch unseren Vertretern im Landtag bei Verantwortung dieser Frage Veranlassung geben, gegen diese neueste Verordnung Stellung zu nehmen.

R. d. B. Wir haben diese Zuschrift in ihrem wesentlichen Teil wiedergegeben, weil zweifellos die gegen die Verordnung sprechende Beweisführung erhebliches für sich hat. Wenn in der Zukunft sowohl unsere Partei als auch die Landtagsfraktion aufgefordert wird, gegen die Verordnung Stellung zu nehmen, so werden zunächst die Gründe, welche zu ihr geführt haben, eingehend zu untersuchen sein.

Mutter und Kind mit Gas vergiftet. In der Wohnung tot aufgefunden wurde gestern nachmittags mit ihrem 8 Jahre alten Sohn Heinz die 33 Jahre alte Frau Anna Kampin, geborene Springwald, aus der Poltschenstr. 22. Beide waren einer Gasvergiftung erlegen. Ob ein Unfall oder Mord und Selbstmord vorliegt, ließ sich nicht feststellen.

In einer Konferenz der Landkreise Niederbarnim und Teltow sprach Genosse Paul Hirsch über „Steuerpolitik in den Gemeinden“ und kennzeichnete in seinem Vortrage die großen Veränderungen auf dem Gebiete der Steuerpolitik, die technischen Schwierigkeiten nicht verschweigend, die ihrer praktischen Durchführung entgegenstehen. Dem beifällig ausgenommenen Vortrage folgte eine rege Aussprache, die das Interesse der Zuhörer kennzeichnete. Des weiteren beschloß sich die Versammlung mit dem „Landboten“, der als die geeignete Zeitung für die ländliche Bevölkerung bezeichnet wurde und dessen Erhaltung und Ausbau dringend notwendig sei. Die Versammlung nahm alsdann an den Landratschaftsammerwahlen Stellung und lehnte eine offizielle Beteiligung an dieser einmütig ab, da das Wahlrecht sich nicht auf die Landarbeiter, sondern nur auf die Besitzer erstreckt.

Eine Bekleidungsberatung für Arbeiter-Unterrichtsfürsorge findet am Sonntag, den 8. April, von 11—1 Uhr vormittags im R.I. Biergartenplatz statt. Die Eintrittskarten zum Preise von 2 M. sind bei den Schuldienern: Reußstr., Kaiser-Friedrich-Str. 208; Berlin, Gipsstr. 28a und Niederkirchstr. 12, zu haben.

